

Wir haben damals – unter den Bedingungen des Totalitarismus – zusammen mit Warschauer und Budapester Freunden im Laufe einer Woche 84 Unterschriften aus Polen, 78 aus Ungarn, 75 aus Jugoslawien, 4 aus der Sowjetunion und 17 von Vertretern von neuen unabhängigen tschechoslowakischen Gruppen unter die Solidaritätserklärung gesammelt.

Meine Aussage werde ich mit einem kurzen Resümee über die Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Menschenrechtlern und den DDR-Menschenrechtlern und Friedensaktivisten schließen. In erster Linie haben wir uns bemüht, über die unabhängige demokratische Bewegung und über die politische Unterdrückung zu informieren. Von den in „Infoch“ veröffentlichten Texten der Periode von 1978 bis 1989 bringt solche Auskünfte ungefähr die eine Hälfte der Texte, die zweite Hälfte informiert über Solidaritätsaktionen. Fünf Materialien davon referieren über die Petitionen, an denen außer den tschechoslowakischen Aktivisten und DDR-Aktivisten auch Gruppen von anderen ost- bzw. westeuropäischen Ländern teilgenommen haben.

Das erste von 39 Dokumenten zur politischen Opposition in der DDR, deren Kopien ich Ihnen zusammen mit den anderen Texten vorlege, ist der Protest des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten gegen das Urteil im Fall Rudolf Bahro. Die vorgelegte Sammlung endet mit der Solidaritätserklärung der Charta 77 und des „VONS“ mit den im Oktober 1989 in Leipzig inhaftierten demokratischen Aktivisten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herzlichen Dank. – Anna Sabatova war selber eine Zeitlang Sprecherin der Charta 77. Es ist toll, daß sie uns Materialien überläßt. Wir können das gut gebrauchen. Wir brauchen dann allerdings auch eine gute und sorgfältige Übersetzung der Texte.

(Anna Sabatova übergibt die Dokumente dem Vorsitzenden Rainer Eppelmann – Beifall)

Es schließt sich fast zwangsläufig dann auch die Frage an, wie die innere Kooperation innerhalb der damaligen sozialistischen Staaten – man zögert fast, diese Worte zu benutzen, aber sie hießen nun einmal so – aussah, was sie voneinander gelernt haben und wie sie aufeinander verwiesen haben. Nicht zuletzt das Jahr 1989 – darauf hat ja auch Timothy Garton Ash noch einmal in aller Deutlichkeit hingewiesen – hat ja etwas zu tun mit der Entwicklung der inneren Opposition und den Dissidenten in den unterschiedlichen Staaten Ost- und Mitteleuropas. Gerd Poppe, gewiß einer der wichtigsten Vertreter der Oppositionsbewegung in der damaligen DDR, hat das Wort.

Gerd Poppe, MdB: Ich möchte das, was bisher Zdenek Mlynar und Anna Sabatova aus ihrer tschechischen Sicht geschildert haben, ein wenig aus der Sicht der damaligen DDR-Opposition beschreiben. Robert Havemann schrieb in der Zeitung „Die Zeit“ am 31. Mai 1968 zum Prager Frühling: Er wäre „ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen. Ein Versuch, Demokratie und Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen.“ Havemann

erwähnt im gleichen Text ausdrücklich Rosa Luxemburgs Satz: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

20 Jahre später, im Januar 1988 in Berlin, wird dieser Satz erneut verwendet: auf Transparenten von Bürgerrechtlern und Ausreisewilligen, die längst jede Illusion verloren haben über die Verknüpfung des sogenannten realen Sozialismus mit Demokratie. Diese Tage im Januar 1988 sind wohl der Anfang vom Ende der DDR. Bis dahin vergeht aber noch eine lange Zeit.

1968 gibt es noch Hoffnung, eine Aufbruchstimmung, die auch im Zusammenhang steht – davon war gestern schon die Rede, und Gert Weisskirchen hat heute noch einige Verknüpfungen benannt – mit den Ereignissen in Paris und im Westteil Berlins, vor allem aber mit der Tatsache, daß in Prag der verhaßte stalinistische KP-Chef Novotny gestürzt wurde. Intellektuelle, Künstler und Arbeiter und vor allem auch junge Menschen in der damaligen DDR hofften darauf, daß Ulbricht der nächste sein werde. Sie hofften auf Erfolge der angekündigten Reformen in Prag.

In der deutschsprachigen Ausgabe der Prager Volkszeitung, die seinerzeit von Tausenden DDR-Bürgern abonniert wurde, war zu lesen, daß die Wirtschaftsreform nur Erfolg haben könne, wenn sie mit der Demokratisierung verbunden werde; daß Demokratisierung zunächst zwar innerhalb der Partei, dann aber darüber hinaus durch Gründung weiterer Organisationen geschehen solle, daß das Arbeitsleben demokratisiert werden solle, daß z. B. Betriebsräte gebildet werden; daß Rechtsstaatlichkeit entwickelt werden soll, d. h. vor allem Gewaltenteilung. Des weiteren hieß es, daß es Presse- und Meinungsfreiheit geben solle. All das wurde in der DDR mit großer Sympathie verfolgt.

Ein möglicher Systemwechsel schien sieben Jahre nach dem Mauerbau in weiter Ferne zu liegen. Veränderungen in der DDR schienen aber im Falle eines Erfolgs der tschechoslowakischen Reformkommunisten durchaus denkbar, selbst wenn im Augenblick kein potentieller SED-Reformer in Sicht war. Ein Erfolg des Prager Frühlings hätte möglicherweise solche Reformer auf der Bildfläche erscheinen lassen, so dachte man, bestimmt aber die Freiräume für die Opposition vergrößert.

Ich will das Scheitern des Prager Frühlings hier nicht analysieren. Dafür gibt es Berufenere an diesem Tisch. Zdenek Mlynar hat darüber sehr viel geschrieben und heute auch schon einiges dazu gesagt. Für mich von Bedeutung in meinem Eingangsbeitrag ist, daß wir mit dem Scheitern des Prager Frühlings die sogenannte Königsebene verlassen können, zu der ja auch noch Dubcek und seine Mitstreiter gehörten, ebenso wie die stalinistischen Machthaber der intervenierenden Staaten sowie auch die sich vor allem auf mehr oder weniger kluge Kommentare beschränkenden Politiker des Westens, von denen einige ja auch eher erleichtert über das Scheitern schienen, um uns anderen Akteuren zuzuwenden, denjenigen, die die folgenden 21 Jahre außerhalb der offiziellen Politik tätig wurden, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Ungarn und später

auch in der DDR, und die so wichtige Voraussetzungen für die Ereignisse des Jahres 1989 schufen.

Auf verschiedene Erfahrungen von 1968 konnten sie dabei zurückgreifen, vor allem auf die beeindruckenden Beispiele gewaltfreien Widerstands, die die Prager Bevölkerung in jenen Tagen der Weltöffentlichkeit vorführte.

In der DDR waren die Proteste immer sehr viel unscheinbarer, und es geschah, wenn überhaupt etwas geschah, alles immer sehr viel später als in Polen und in der Tschechoslowakei. Immerhin führte der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere Ulbrichts Rolle bei der Zerschlagung des Prager Frühlings wie auch die Beteiligung von NVA-Soldaten, zu Protesten von Arbeitern, Intellektuellen und Jugendlichen. Es gab Flugblattaktionen in Ost-Berlin. Diverse Verhaftungen waren die Folge. Beeindruckend ist auch die Zahl von Solidaritätsbekundungen in der tschechoslowakischen Botschaft in Berlin trotz der massiven Stasi-Präsenz.

Auch für mich wurde die Formulierung eines Protestschreibens und dessen Übergabe am 21. August 1968 in der Botschaft zum ersten eindeutig und öffentlich vorgetragenen Protest gegen das SED-Regime. Die üblichen Kampagnen der SED – Begrüßung der Maßnahmen durch die Arbeiter in den Betrieben usw. – waren weit weniger erfolgreich, als sich die SED-Führung das erhoffte. Sie wurden deshalb in vielen Betrieben schnell wieder eingestellt, worauf auch gestern schon hingewiesen wurde.

Bemerkenswert ist eine gewisse Langzeitwirkung des Prager Frühlings in der DDR. Einige seiner Ideen erreichten die DDR erst geraume Zeit nach dem Einmarsch, wobei sich allerdings eher die kleinen oppositionellen Zirkel mit ihnen befaßten, als daß sie Gegenstand eines öffentlichen Diskurses wurden.

Solche Diskussionen im kleinen Kreis hatten nun natürlich vor allem zum Inhalt, ob der Sozialismus überhaupt demokratisierbar sei, ob von oben oder von unten, wer die Träger von Veränderungen sein könnten, ob sie sich in die Institutionen begeben oder von ihnen unabhängig werden sollten. Viele wollten die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus nicht aufgeben, wengleich sie nicht unbedingt mit einer Neuauflage des Prager Frühlings rechneten.

Auch in diesem Zusammenhang will ich Havemann erwähnen. Noch wenige Wochen vor seinem Tod sagte er mir, er könne sich durchaus noch einen derartigen Versuch vorstellen. Dieser müsse dann aber in der Sowjetunion selbst zustande kommen. Vier Jahre später war es soweit. Gorbatschow erschien als Star auf der politischen Bühne. In diesem Punkt hat Havemann also recht behalten – in einem anderen wohl weniger: Nicht der Wille, Demokratie durchzusetzen, sondern der bevorstehende Zusammenbruch des Imperiums verschaffte Gorbatschow den Auftritt. Wir diskutierten auch gestern schon darüber.

Zurück nach Prag. Ich springe vom Jahr 1968 in das Jahr 1977. Erneut kam von dort der Anstoß, der unsere unfruchtbaren Diskussionen einer Klärung zuführte. Gemeint ist die Gründung der Charta 77 – Anna Sabatova hat das soeben beschrieben – mit einer Liste von Hunderten von Unterschriften in wenigen Wochen, darunter auch etliche Prominente von 1968. Es war eine Liste, von der wir bis zum Herbst 1989 in der DDR vergeblich träumten.

Auch die persönlichen Opfer, die Charta 77-Signatäre brachten, waren unvergleichlich höher als die der damaligen und späteren DDR-Dissidenten. Man denke z. B. an die mehrfachen Gefängnisaufenthalte von Václav Havel oder Petr Uhl.

Die tschechische Polizei bzw. Staatssicherheit ging in den 70er und 80er Jahren entschieden härter gegen Dissidenten vor als beispielsweise die DDR-Stasi. Es gab auch andere bemerkenswerte Unterschiede. Als ich gestern Anna Sabatova begrüßte, fiel mir die Geschichte von den beiden Stühlen ein, die in den späten 70er Jahren vor ihrer und Petr Uhls Wohnungstür standen, in der Anglicka 8, als ich sie damals ein letztes Mal besuchen konnte. Auf meine Frage erklärten Anna und Petr, daß die Stühle normalerweise von zwei Sicherheitsbeamten besetzt seien, die sie auf Schritt und Tritt verfolgten, sobald sie die Wohnung verließen. An jenem Tag aber blieben die Stühle leer, weil die Stasileute zwei Tage in der Woche frei hatten. Dies wäre nun allerdings in der Hauptstadt der preußischen Einheitssozialisten undenkbar gewesen. Dennoch ist die Geschichte nur in begrenztem Maße lustig, zumal wenn man weiß, daß dieser Zustand zweieinhalb Jahre andauerte und mit der erneuten Verhaftung von Petr Uhl endete.

Es geht mir auch weniger um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede unserer jeweiligen Verfolger, sondern mehr um die Langzeitfolgen, die die Gründung der Charta 77 in der DDR auslöste. Mit der gebotenen Verspätung gründete eine Handvoll Leute acht Jahre danach in Berlin die Initiative Frieden und Menschenrechte in der DDR. Dies war ganz im Stil der Charta, wenn auch auf viel kleinerer Flamme. Es gab drei Sprecher und Verlautbarungen zu wichtigen politischen Ereignissen, die mit Hilfe von Journalisten oder guten Freunden in den Westen gerieten, sowie die Herausgabe von Untergrundpublikationen, die mit vorsintflutlichen Methoden hergestellt wurden.

Wichtiger noch als die vergleichbare Praxis waren die inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Ziel war nicht mehr die zaghafte Reform des Einparteienstaates, sondern der Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft – dies auch als wesentlicher Unterschied der ostmitteleuropäischen Länder, die ja eine zivile Gesellschaft von früher her kannten, gegenüber der Sowjetunion. Die sozialistische Utopie wurde nun mit der gebotenen Skepsis betrachtet. Es ging weniger um die Demokratisierung des Realsozialismus als um die Demokratie schlechthin und um die Durchsetzung der Menschenrechte, wobei die UNO-Pakte wie auch die Ergebnisse der KSZE zur Begründung herangezogen wurden. Auch das

haben wir gehört. Wir sprachen auch gestern davon. Während für die erwähnte „Königsebene“ die Schlußakte von Helsinki vor allem den seit Jalta nur leicht modifizierten Status quo festschrieb, bedeutete sie für die dissidentischen Kreise über den Korb III vor allem die Möglichkeit, eben diesen Status quo in Frage zu stellen.

Der ostmitteleuropäische Dissident handelte legitim, was nicht gleichbedeutend mit legal war. Er scheute sich nicht vor kleinen, pragmatischen Schritten und ging diese mit der Selbstverständlichkeit desjenigen, der mit seinem Handeln den gewünschten Zustand vorwegnimmt, wohl um die Gefahren wissend, aber die eigene Furcht überwindend. „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ hatte Václav Havel das genannt. Hinzu kam, wie auch von Anna beschrieben, das permanente Dialogangebot an den Staat, das allerdings immer ausgeschlagen und ignoriert wurde.

So vorzugehen bedeutete natürlich, daß die Jahre zuvor diskutierte Frage nach Reformmöglichkeiten innerhalb der offiziellen Institutionen längst mit einem negativen Ergebnis entschieden war. Statt dessen wurden nun ganz bewußt eigene Strukturen entwickelt. Unverzichtbar war dabei vor allem die Herstellung von Öffentlichkeit. Ohne sich permanent um Öffentlichkeit zu bemühen, hatten Dissidenten nicht die geringste Chance. Öffentlich zu werden war sowohl die geeignete Antwort auf die Konspiration der Machthaber als auch der einzige Schutz vor ihnen.

Vielen westlichen, vor allem auch westdeutschen Politikern blieben solche Bemühungen offenbar suspekt oder weltfremd. Oft wurden sie als störend empfunden. Wandel durch Annäherung – oder welche Formeln auch immer benutzt wurden – hieß immer nur, sich den Machthabern zu nähern, mitunter auch für uns auf recht unziemliche Weise. Wann jemals wäre es einem Mitglied der Bundesregierung oder einem führenden Oppositionspolitiker eingefallen, beispielsweise die Nähe zu Jiri Dienstbier zu suchen, als der sich noch in seinem Heizungskeller aufhielt? Als er dann recht unvermittelt seine Kohleschaufel abstellte, um sogleich darauf im Sessel des Außenministers Platz zu nehmen, änderte sich das schlagartig.

Ich erinnere mich an diverse Vorhaltungen aus westlichen Politikfeldern, wir sollten doch unseren Aktionismus unterlassen. Statt dessen sollten wir ganz geduldig auf die Ergebnisse warten, die den diplomatischen und wirtschaftlichen Bemühungen eines Tages ganz sicher folgen würden. Zuerst müsse nun mal der Frieden gesichert werden. Demokratie und Menschenrechte würden dann eines Tages als später Lohn winken. Umgekehrt würde dissidentisches Tun die östlichen Staaten auf gefährliche Weise destabilisieren und damit objektiv friedensgefährdend sein.

Die Annäherung hat den Wandel nicht herbeigeführt, wohl aber zeitweise die Macht stabilisiert. Das Gegenkonzept von Havel und anderen hieß: „Die Macht der Machtlosen“. Möglicherweise ist auch diese Gegenmacht durch

die Annäherung an die Machthaber gestärkt worden. Dies geschah aber wohl eher unbeabsichtigt, wie Tim Garton Ash in seinem neuen Buch an mehreren Stellen nachweist.

Ein letztes Beispiel für die wesentlichen Impulse, die von der tschechischen und slowakischen Opposition ausgingen, möchte ich noch anführen, den Prager Appell vom März 1985. Er ist an die Konferenz für europäische nukleare Abrüstung in Amsterdam gerichtet, also an die Friedensbewegung.

Ein Zitat möge belegen, wie sich der Friedensbegriff ostmitteleuropäischer Oppositioneller abhebt von dem, was gängigerweise unter Frieden verstanden wurde:

„Nur freie und würdige Bürger können die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen garantieren. Und nur souveräne Nationen können Europa als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Partner begründen, von dem nicht die Gefahr eines globalen Krieges in die Welt ausstrahlt, sondern das ein Beispiel für wirkliches friedliches Zusammenleben ist.“

Inzwischen ist die Jalta-Teilung beendet. Aber für die meisten von uns unerwartet haben sich neue Gefahren eingestellt: Krieg und Nationalismus mitten in Europa. Der tschechische, slowakische, polnische und ungarische „Traum von Europa“ hat sich nur zum Teil erfüllt.

Ein weiterer Satz des Prager Appells möge beweisen, daß wir allen Grund haben, sehr aufmerksam auf unsere ostmitteleuropäischen Freunde zu hören:

„Wir können auch einigen bisherigen Tabus nicht aus dem Wege gehen. Eines davon ist die Teilung Deutschlands. Wenn man in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem das Recht auf Selbstverwirklichung streitig machen kann, dann gilt das auch für die Deutschen.“

Das war also am 11. März 1985, zufällig an dem Tag, an dem Robert Havemann 75 Jahre alt geworden wäre, und es war das Jahr, in dem Gorbatschow die Hauptrolle im letzten Akt des sowjetischen Stücks übernahm. Selbstverständlich kommt der Begriff des demokratischen Sozialismus im Prager Appell nicht mehr vor, auch lange zuvor schon nicht mehr.

Was aber machten wir – also besagte Handvoll ostdeutscher Oppositioneller – in unserem Antwortbrief im Juni 1985? Wir schrieben den Begriff wieder rein. Es dauerte eben alles etwas länger in der DDR. Den europäischen Traum übernahmen wir, den deutschen aber packten wir ganz vorsichtig, noch ganz ungläubig, in jenen ein.

Es dauerte noch bis zum 10. Dezember 1987, dem Tag der Menschenrechte – fast 20 Jahre nach dem Beginn des Prager Frühlings –, an dem die Initiative Frieden und Menschenrechte in einer grundsätzlichen Erklärung vollständig auf den Sozialismus-Begriff verzichtete. Ein Stasi-Offizier wies mich im Verhör darauf hin. Ich hatte das als Mitautor selbst nicht einmal bemerkt. Auch dies muß der Ehrlichkeit halber einmal gesagt werden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): 1968 und danach schien es so, als wenn das regierende Europa den Status quo von Jalta verinnerlicht hätte. Aber wir haben ja durch die Erklärungen, die wir jetzt gehört haben, gesehen, daß sich aus dem Innern etwas anderes entwickelte. Zunächst allerdings war es so, daß dem europäischen Osten sein unglückliches Bewußtsein blieb, wie György Konrad es ausgedrückt hat.

Aber es gab auch anderes. Es gab welche, die versuchten, das zu durchkreuzen, und ein neues Europa reifte von unten heran. Tim Garton Ash hat das zunächst in seinem ersten großen Buch „Die Abwahl des Jahrhunderts“ und nun in seinem zweiten Buch beschrieben.

Aber es gab noch andere Personen, die dagegen aufgestanden sind. Als einen von ihnen möchte ich ganz herzlich Frantisek Czerny unter uns begrüßen, den Gesandten der Tschechischen Republik, und zwei andere Deutsche, Rudi Pahnke und Eva Quistorp, die ebenfalls unter uns sind. (Beifall)

Tim, wie haben Sie als Engländer das beobachtet, was in der Mitte Europas vor sich ging: Die Deutschen, verzagt und zurückhaltend, und die anderen, die Tschechen und die Slowaken, anders, mutiger, so wie es aussah?

Timothy Garton Ash: Ich möchte zunächst sagen, daß ich mich sehr freue, hier aussagen zu können. Ich halte die Enquete-Kommission in der Tat für eine sehr wichtige und gute Sache. Ich glaube, gerade die wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945, auch in der Zeitgeschichtsschreibung, ist wirklich vorbildlich gewesen. Sie hat viel zur Vertiefung der Demokratie in der alten Bundesrepublik beigetragen. Ich kann mir denken, daß das auch im Falle der SED-Diktatur langfristig die beste und wirksamste Form der Aufarbeitung dieser Vergangenheit sein wird.

Es ist schon viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Ich möchte mich nur auf zwei Aspekte konzentrieren, und zwar zum einen auf das Verhältnis – es ist schon angesprochen worden – zwischen westlicher Ostpolitik – nicht nur deutscher, aber vor allem der deutschen Ostpolitik und Entspannungspolitik – und dem Prager Frühling und der Entwicklung in der Tschechoslowakei danach. Zum zweiten geht es mir um die Folgen, um die Zusammenhänge zwischen 1968 und 1989.

Erst einmal eine ganz banale Feststellung: Der Prager Frühling ist offensichtlich keine Folge der Entspannungspolitik gewesen, weil es diese Entspannungspolitik vorher nicht gab. Zwar gab es sie sicher ansatzweise im Konzept bei Willy Brandt als Außenminister. Sie haben das auch angesprochen. Das hat auch Hoffnung gegeben. Aber es gab sie noch nicht in der Praxis. Die Ostverträge gab es noch gar nicht; im Gegenteil: Es war ja noch möglich, bis zu einem bestimmten Grade sogar öffentlichkeitswirksam in Osteuropa den Einmarsch in die Tschechoslowakei mit der angeblichen deutschen Bedrohung, der Bedrohung durch den deutschen Revanchismus, zu rechtfertigen, was 1981 nicht mehr so möglich war, geschweige denn 1989.